

# Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

---

**Nr. 14** **München, den 27. Juli** **2011**

---

Datum	Inhalt	Seite
20.7.2011	<b>Gesetz über die Bayerische Verfassungsmedaille</b> 1132-5-S	302
20.7.2011	<b>Gesetz über Anforderungen an den Lärmschutz bei Kinder- und Jugendspieleinrichtungen (KJG)</b> 2129-1-9-UG	304
20.7.2011	<b>Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze</b> 86-7-A	306
20.7.2011	<b>Gesetz zur Änderung des Bayerischen Datenschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften</b> 204-1-I, 2032-1-1-F, 1130-2-2-I, 454-1-I, 204-1-1-I	307
20.7.2011	<b>Gesetz zur Änderung des Unterbringungsgesetzes</b> 2128-1-A	309
20.7.2011	<b>Gesetz zur Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes</b> 2170-6-A	311
20.7.2011	<b>Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen</b> 2230-1-1-UK	313
20.7.2011	<b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes</b> 300-1-1-J	318
20.7.2011	<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze</b> 86-7-A	319
8.7.2011	Verordnung zur Änderung der Gymnasialschulordnung 2235-1-1-1-UK	320
8.7.2011	Fünfte Verordnung zur Änderung der Berufsfachschulordnung Pflegeberufe 2236-4-1-2-UK	329
	Druckfehlerberichtigung der Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft 300-1-2-J	340

---

2128-1-A

## Gesetz zur Änderung des Unterbringungsgesetzes

Vom 20. Juli 2011

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

### § 1

Das Gesetz über die Unterbringung psychisch Kranker und deren Betreuung (Unterbringungsgesetz – UnterbrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. April 1992 (GVBl S. 60, ber. S. 851, BayRS 2128-1-A), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2009 (GVBl S. 640), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
  - a) Es wird folgender neuer Achter Abschnitt eingefügt:
 

„Achter Abschnitt  
**Therapieunterbringung**

Art. 28a Unterbringung auf Grund einer Unterbringungsanordnung gemäß §§ 1 und 14 des Therapieunterbringungsgesetzes“.
  - b) Der bisherige Achte Abschnitt wird Neunter Abschnitt.
  - c) In der Überschrift des Art. 31 werden ein Komma und das Wort „Außerkräftreten“ angefügt.
2. Es wird folgender neuer Achter Abschnitt eingefügt:

### „Achter Abschnitt

#### **Therapieunterbringung**

#### Art. 28a

Unterbringung auf Grund einer  
Unterbringungsanordnung gemäß  
§§ 1 und 14 des Therapieunterbringungsgesetzes

(1) Für die Unterbringung in einer geeigneten geschlossenen Einrichtung auf Grund einer Unterbringungsanordnung gemäß §§ 1 und 14 des Gesetzes zur Therapieunterbringung psychisch gestörter Gewalttäter (Therapieunterbringungsgesetz – ThUG) vom 22. Dezember 2010

(BGBI I S. 2300, 2305) in der jeweils geltenden Fassung gelten Art. 4 und 12 bis 21, 23 sowie 24 Abs. 1 und 2 Sätze 1 bis 3 entsprechend; Art. 22 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass Art. 22 Abs. 2 Sätze 3 und 4 keine Anwendung finden.

(2) Untere Verwaltungsbehörden im Sinn des Therapieunterbringungsgesetzes sind die Kreisverwaltungsbehörden.

(3) <sup>1</sup>Die Bezirke haben auf Ersuchen der Kreisverwaltungsbehörde die Unterbringung von Personen auf Grundlage einer Unterbringungsanordnung gemäß §§ 1 und 14 ThUG in geeigneten geschlossenen Einrichtungen im Sinn von § 2 ThUG zu vollziehen. <sup>2</sup>Sie nehmen diese Aufgabe als Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises wahr. <sup>3</sup>Art. 95 Abs. 6 bis 8 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze finden entsprechende Anwendung.

(4) <sup>1</sup>Örtlich zuständig für den Vollzug ist der Bezirk, in dessen Bereich die gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 ThUG zuständige Kreisverwaltungsbehörde ihren Sitz hat. <sup>2</sup>Die untergebrachte Person kann in eine andere geeignete geschlossene Einrichtung eingewiesen oder verlegt werden, wenn dadurch ihre Behandlung oder Eingliederung gefördert wird oder dies aus Gründen der Sicherheit oder der Vollzugsorganisation oder aus anderen wichtigen Gründen erforderlich ist. <sup>3</sup>Über die Verlegung entscheidet der Bezirk. <sup>4</sup>Soll die Verlegung in eine Einrichtung eines anderen Bezirks vorgenommen werden, bedarf sie der Zustimmung des aufnehmenden Bezirks; in dringenden Fällen kann die Zustimmung durch die Fachaufsichtsbehörde ersetzt werden. <sup>5</sup>Eine Verlegung in eine oder aus einer geeigneten geschlossenen Einrichtung eines anderen Landes bedarf der Zustimmung der Fachaufsichtsbehörde. <sup>6</sup>Die Kreisverwaltungsbehörde hat das Verfahren infolge einer Einweisung oder Verlegung nach Satz 2 an die Kreisverwaltungsbehörde abzugeben, in deren Bereich die aufnehmende Einrichtung liegt.

(5) <sup>1</sup>Die Kreisverwaltungsbehörde kann sich zur Erfüllung der ihr durch das Therapieunterbringungsgesetz übertragenen Aufgaben der Mitwirkung der Polizei bedienen. <sup>2</sup>Dies gilt auch für die Bezirke bei Verlegungen untergebrachter Personen.

(6) <sup>1</sup>Die notwendigen Kosten der Unterbringungen nach Abs. 3 Satz 1 trägt der Freistaat Bayern, soweit nicht ein Träger von Sozialleistungen

oder ein Dritter zur Gewährung von gleichartigen Leistungen verpflichtet ist. <sup>2</sup>Für die Kosten der Besuchskommissionen gilt Art. 27 entsprechend.

(7) <sup>1</sup>Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen führt die Fachaufsicht über die Bezirke hinsichtlich der ihnen durch Abs. 1 und 3 sowie durch das Therapieunterbringungsgesetz übertragenen Aufgaben. <sup>2</sup>Im Fall des Abs. 3 Satz 3 obliegt die Fachaufsicht dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, die Rechtsaufsicht dem Staatsministerium des Innern. <sup>3</sup>Die Bestimmungen der Bezirksordnung über die Rechts- und Fachaufsicht gelten entsprechend.

3. Der bisherige Achte Abschnitt wird Neunter Abschnitt.
4. Art. 31 wird wie folgt geändert:
  - a) In der Überschrift des Art. 31 werden ein Komma und das Wort „Außerkräftreten“ angefügt.
  - b) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Art. 28a tritt mit Ablauf des 31. Juli 2014 außer Kraft.“

## § 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2011 in Kraft.

München, den 20. Juli 2011

**Der Bayerische Ministerpräsident**

Horst Seehofer